

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint

wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittag für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G. M. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Wort und Bild“.
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 M. M.
Telegramm-Adresse: Zeitung. Fernsprecher 27



Anzeigen

werden die sechspaltige 8 mm hohe (Netto) Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; rückwärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatte. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Wagn. Datumschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postkonten Frankfurt a. Main Nr. 20771.
Annahmehöhe für Offerten und Auktions beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzger. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzger, Spangenberg.

Nr. 36.

Donnerstag, den 25. März 1926.

19. Jahrgang.

Ein jeder der Wohltat bald vergißt,
Viel Gut's tun sehr verloren ist.

Die Steuerkrise.

Wenn man das Ergebnis der zweitägigen Reichstagsdebatte über die Genfer Politik der Reichsregierung betrachtet, gewinnt man zunächst den Eindruck, als ob die Stellung des Kabinetts Luther heute gefestigter wäre als je zuvor. Tatsächlich ist ja auch der Billigkeit angenommen worden, während die oppositionellen Kräfte restlos abgelehnt worden sind. Abgesehen von den drei Oppositionsparteien (Deutschnationale, Bismarck und Kommunisten) und der Wirtschaftspartei, die sich der Stimme enthielt, haben sich sämtliche Reichstagsparteien — einschließlich der Sozialdemokratie — für die Fortführung der Vocarno- und Bismarckpolitik ausgesprochen. Damit ist die Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik der Reichsregierung gesichert. Ganz anders liegen aber die Dinge in innerpolitischer Beziehung. Während die Regierung im Reichstagsplenum dank der Unterstützung der Sozialdemokratie als Sieger aus der Schlacht von Genf hervorgegangen kommt, hat sie im Steueranstoß einen schweren Strauß auszuweichen, dessen Ausgang zur Zeit höchst zweifelhaft ist.

Beim Amtsantritt des zweiten Kabinetts Luther hatte der neue Reichsfinanzminister Dr. Reinhold beinahe ausschließlich die allerersten freudig begrüßte Mitteilung gemacht, daß durch erhebliche Steuerermäßigungen der Wirtschaft die dringend notwendige Erleichterung verschafft werden solle. Im einzelnen sah das Steuerabbauprogramm der Reichsregierung neben der Herabsetzung der Einkommensteuervergütungen und einer Erhebung der Vermögenssteuer in Höhe von drei Viertel im Jahre 1925 gestrichelten Vermögenssteuer eine Senkung der Profitssteuer und Grundvermögenssteuer bei Profits und vor allem eine Befreiigung der Kleinvermögens- und Herstellungen (Lurus-) Steuer sowie eine Senkung der Umsatzsteuer auf 0,6 Prozent vor.

Durch die Genfer Tagung wurde dann das allgemeine Interesse von den Steuerfragen abgelenkt, und erst nach Rückkehr der deutschen Delegation aus Genf ging die Regierung ernsthaft daran, die für den 1. April in Aussicht gestellten Steuerermäßigungen dem Reichstag zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Als die Regierungsvorlage dann im Steueranstoß einer eingehenden Prüfung unterzogen wurde, mußte der Finanzminister die sonderbare Erfahrung machen, daß seine Steuerabbauvorschläge den die Regierung stützenden Parteien — zu weit gingen. Insbesondere wurden gegen die geplante Senkung der Umsatzsteuer auf 0,6 Prozent starke Bedenken geltend gemacht. Man befürchtete in diesen Kreisen, daß eine derartige Herabsetzung angeht die außerordentlichen Schwierigkeiten, die uns in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht durch die gesteigerten Reparationslasten im Jahre 1927 bevorstehen, nicht veranlaßt werden könne hinzu kam, daß die außerordentliche Notlage der Winter die Aufhebung der Weinsteuer unbedingt erforderlich machte. Dadurch wurde ein Ausfall von 70 Millionen Mark bedingt. Die Aufhebung der Weinsteuer zog wiederum die Hinausschiebung des Inkrafttretens der erhöhten Biersteuer bis zum 1. Januar 1927 nach sich. Aus allen diesen Gründen glaubte der Finanzminister, sein Steuerermäßigungsprogramm einer Revision unterziehen zu müssen. Mit Zustimmung der Regierungsparteien kam ein neues Steuerkompromiß zustande, das statt der ursprünglichen Senkung der Umsatzsteuer auf 0,6 Prozent nur eine Ermäßigung auf 0,75 Prozent vorsieht.

Bei dem Versuch, eine Mehrheit für dieses neue Steuerprogramm zu finden, ist der Reichsfinanzminister im Steueranstoß des Reichstags nicht nur auf die Gegenseite der Sozialdemokratie, sondern auch der anderen Oppositionspartei, der Deutschnationalen, gestoßen. Wenn bei der weiteren parlamentarischen Behandlung der Vorschläge die Sozialdemokraten für ihren Antrag auf Herabsetzung der Umsatzsteuer auf 1/2 v. H. es durchaus den Anschein hat, die Unterstützung der Deutschnationalen finden sollten, würde die Regierung einer ablehnenden Mehrheit gegenübersehen andererseits soll die Steuerermäßigungsfrage, wie der Kabinettsrat des Reichstags beschloß, unbedingt vor dem 1. April noch erledigt werden. Es muß also

von den Regierungsparteien und der Opposition erreicht werden, wenn die Steuerermäßigungen zu dem gewünschten Zeitpunkt in Kraft treten sollen. Die Lage wird noch dadurch erschwert, daß der Reichsfinanzminister daran festhält, daß die Vorlage als Ganzes verabschiedet wird, und daß nicht einzelne Teile vorweg erledigt werden dürfen, für die vielleicht eine Mehrheit zu haben sein würde. Wie bei dieser Sachlage die Steuerkrise gelöst werden soll, erscheint heute noch reichlich unklar.

Chamberlains Unterhausfieg.

Lloyd Georges Mißtrauensantrag abgelehnt. — Mit 325 gegen 136 Stimmen.

Nach dem deutschen Reichstag und der französischen Kammer hat jetzt auch das englische Unterhaus zu den Vorgängen in Genf Stellung genommen. Wie in Berlin und Paris hat auch in London die Debatte mit einem Vertrauensvotum für die beteiligten Minister geendet. Mit 325 gegen 136 Stimmen hat das Unterhaus den liberalen Mißtrauensantrag gegen Chamberlain abgelehnt.

Lloyd Georges Anklage.

Die Aussprache über die Genfer Ereignisse wurde durch Lloyd George eröffnet. Der Führer der Liberalen erklärte, die Vocarnomächte seien für den Mißerfolg von Genf verantwortlich, weil sie als Teilnehmer der Konferenz außerhalb der Konferenz Besendareden getroffen hätten. Die zur Erhaltung des Friedens geschaffene Wachstums des Bismarckbundes sei dadurch schwer geschädigt worden. Lloyd George fragte, ob Chamberlain von der Ansicht Kenntnis gehabt hätte, gleichzeitig mit Deutschland Polen in den Bismarckbund aufzunehmen. Der selbstverständliche Weg wäre die Aufnahme Deutschlands in den Bismarckbund gewesen, es wäre Pflicht der Vocarnomächte gewesen, auf eine Vertagung aller weiteren anderen Kandidaturen zu dringen. Statt dessen hätten aber die Vocarnomächte, an der Spitze England, eine internationale Intrigue begünstigt, um ihre eigenen Kandidaten in den Rat zu bringen. Nicht der englische Außenminister, sondern der schwedische Delegierte Anden sei in Genf der Vertreter der englischen öffentlichen Meinung gewesen.

Chamberlain verteidigt sich.

Chamberlain ergriff darauf das Wort zu einer längeren Verteidigungsrede, in der er die Angriffe Lloyd Georges zurückwies und seine Haltung in Genf zu rechtfertigen suchte.

Mit großem Nachdruck betonte er, daß er in seiner Unterredung im Januar mit Briand in Paris diesem nichts versprochen, sondern sich begnügt habe, dem französischen Ministerpräsidenten zu bitten, ihm die französischen Gründe für die Gewährung eines Bismarckbundes an Polen auseinanderzusetzen. Bei derselben Gelegenheit habe er Spanien für die 1921 zugestiegene englische Unterstützung für die Gewährung eines ständigen Bismarckbundes erneuert.

Diese beiden Pacific Vorgänge hätten die Genfer Tagung nicht zu gefährden brauchen, wenn nicht ein Teil der alliierten Presse in verwerflicher Art Polens Kandidatur als Gegengewicht gegen Deutschland dargestellt habe und dem Außenminister nicht durch das Unterhaus die Hände gebunden worden seien.

Chamberlain ging dann auf die Verhandlungen in Genf näher ein und legte dar, wie er versucht habe, seine Stelle als Vermittler und Bersöhner zu spielen.

Es sei völlig unklar, daß er Deutschland gegenüber unloyal gehandelt habe.

Das Mißverständnis zwischen den Vocarno-Mächten sei entstanden, weil Deutschland offenbar nicht an die Möglichkeit gedacht habe, daß andere Kandidaten gleichzeitig den Eintritt in den Bismarckbund verlangen würden und die Alliierten keinen Augenblick daran dachten, daß Deutschland seine Alleinaufnahme gleichfalls als Vorbehalt aufgesetzt wissen wolle.

Kein Land, mit Ausnahme Deutschlands und Brasiliens, habe davon gewußt, daß Brasilien allein von allen Mächten auf die deutsche Anfrage vom September 1925 eine Antwort erteilt hatte, in der es ablehnte, sich zu verpflichten, Deutschlands Wahl für einen ständigen Sitz im Bismarckbundrat im voraus zu unterstützen und in der es erklärte, dies sei eine Frage, die der Bismarckbund selbst erörtern müsse. Chamberlain fragte, ob nicht diese Antwort Deutschland hätte veranlassen müssen, auf der Sut zu sein.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede stellte Chamberlain entschieden in Abrede, daß er irgendwelchen Druck auf Schweden ausgeübt habe, um es zum Verzicht auf seinen Ratssitz zu bewegen. Der Minister schloß seine Rede, ohne auf die Frage der künftigen Vocarno- oder Bismarckbündelpolitik einzugehen und brachte schließlich zum Ausdruck, daß er zurücktreten werde, wenn die Abstimmung ablehnend ausfalle.

Der Führer der Arbeiterpartei, MacDonald, der hierauf das Wort nahm, lobte an der Politik des Außenministers schärfste Kritik. Chamberlains Haltung habe zu dem jämmerlichsten Mißerfolg geführt, den die britische Diplomatie zu verzeichnen habe.

Baldwins Schlusswort.

Am Schluß der Aussprache nahm der Premierminister Baldwin seinen Außenminister in Schutz gegen die Angriffe der Opposition. Gleichwohl gab er zu, daß in Genf vieles geschehen sei, was man lieber nicht gesehen hätte. Wichtig sei die Tatsache, daß die Bismarckbündler sich moralisch gebunden hatten, Deutschland im September zuzulassen, und daß Deutschland eingeladen worden sei, völlig gleichberechtigt bei der Rede und Abstimmung in der Studienkommission für die Reform des Bismarckbundes mitzuwirken. Er hoffe, Deutschland werde diese Einladung annehmen. Die Regierung habe alles Vertrauen, daß nach Ablauf weniger Monate Chamberlains Bemühungen Früchte tragen würden.

Im Anschluß daran erfolgte die Abstimmung über den liberalen Mißtrauensantrag, der mit großer Mehrheit abgelehnt wurde.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 25. März 1926.

Der Reichspräsident, der Reichstanzler und der Reichsaussenminister haben dem bismarckischen Gesandten Frank ihr Beileid zum Tode seiner Gattin ausgesprochen.

General der Artillerie, Friedr. v. Scholtz, einer der bekanntesten deutschen Heerführer im Weltkriege, konnte seiner Tage in Ballenstedt im März seinen 75. Geburtstag begehen.

Nach einer Meldung aus Tokio ist der bisherige japanische Botschafter in Berlin, Honda, der sich jetzt in Japan aufhält, von seinem Posten zurückgetreten.

Der Hindenburgs Dank an das Rheinland. Reichspräsident von Hindenburg hat an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz ein Handschreiben gerichtet, in dem er ihm für die freundliche Aufnahme, die er bei der Beförden in allen Kreisen der Bevölkerung des betreffenden rheinischen Gebietes gefunden habe, herzlich dankt. Ebenso hat der Reichspräsident in persönlichen Schreiben dem Oberbürgermeister der Stadt Köln, dem Oberbürgermeister der Stadt Bonn, dem Rektor der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität und dem Oberbürgermeister der Stadt Krefeld seiner herzlichsten Dank für die freundliche Aufnahme und die mannigfaltige Begrüßung, die er in diesen Städten gefunden hat, zum Ausdruck gebracht.

Der Graf Westarp deutscher Parteivorsitzender. Die Parteiverbreiterung der Deutschnationalen Volkspartei hat auf ihrer Tagung in Berlin entsprechend einem einstimmig beschlossenen Vorschlage des Parteivorstandes der Parteileitung und der Landesverbände vorstehenden den Vorsitzenden der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Graf Westarp, durch Juro zur Parteivorsitzenden gewählt.

Rundschau im Auslande.

Der schweizerische Bundesrat Motta ist zum Vertreter der Schweiz in der Studienkommission zur Prüfung der Frage der Erweiterung des Bismarckbundes ernannt worden.

Die amerikanische Delegation für die Genfer Entwaffnungskonferenz wird unter der Leitung des Berner Gelehrten Gibson liegen.

Christliche Abstellungen haben den Ort Catania bei Sizilien überfallen, den Kommandanten der französischen Gendarmerie getötet und zahlreiche Gefangene mit sich fortgeführt.

Der sibirische Marschall Feinguhang ist angesichts des Vormarsches Zhangscholins auf Peking nach Urga (Nordmongolei) geflüchtet.

Strzyski's Bericht über Genf.

Der polnische Ministerpräsident, Graf Strzyski, hat im auswärtigen Ausschuss des Reichstages Bericht über die Genfer Tagung erstattet. Er erklärte, daß die Fort-

zung Polens, gleichzeitig mit Letzterem in den Rat einzutreten, nicht aus Verhältnissen erfolgt sei. Wenn Vertreter vieler der Standpunkte, daß der Friede und die Einmütigkeit unmöglich seien, solange nicht Deutschland mit Polen zusammen am Tische der Völkerverträge saßen. (2) 80 Prozent der in Genf vertretenen Nationen hätten die Forderung anerkannt.

Die ungarische Regierung an den Frankensäcklingen unbestätigt.

Die ungarische Nationalversammlung hat die Debatte über die Frankensäcklerfrage abgeschlossen und mit den Stimmen der Regierungspartei den Bericht der Mehrheit des parlamentarischen Untersuchungsausschusses angenommen, der die Regierung von jeder Verantwortlichkeit für die Frankensäcklingen freispricht. Das gerichtliche Verfahren gegen die Frankensäckler nimmt selbstverständlich seinen Fortgang.

Das Volksbegehren.

Bisher belanhe 12 Millionen Eintragungen.

Das vollständige Ergebnis des Volksbegehrens aus den Wahlkreisen Hamburg, Mecklenburg, Lippe und Niederbayern, sowie aus 24 Bezirksämtern des Wahlkreises Franken. Die Summe der Eintragungen in 30 Wahlkreisen unter Zuzurechnung des Teilergebnisses aus Franken beträgt bisher 11 734 925.

Neue Teilergebnisse.

Außer den bereits bekannten Teilergebnissen seien noch nachfolgende Einzelergebnisse erwähnt: Wahlkreis Potsdam II 514 034 Eintragungen, Rastatt I 479 420, Frankfurt a. d. O. 244 578, Wien 268 121, Schleswig-Holstein 296 707, Wiesbaden 201 074, Westfalen-Nord 358 081, Oberbayern-Schwaben 209 088, Breslau 384 178, Magdeburg 377 578 und Franken 321 694.

Deutschland und Italien.

Der italienische Votschaffer beim Reichspräsidenten.

Berlin, 25. März. Der Reichspräsident hat in Anwesenheit des Reichsaussenministers Dr. Stresemann den neu ernannten italienischen Votschaffer Grafen Aldobrandi Marascati zur Entgegennahme seines Segelungsdiploms als Votschaffer und des Abschiedsdiploms des bisherigen Votschaffers Grafen Bosdari empfangen. Der Votschaffer hielt dabei eine Ansprache, in der er u. a. sagte:

„In der Nebezeugung, daß zwischen Italien und Deutschland keine grundsätzliche Interessenverschiedenheit besteht, werde ich es mir zur Aufgabe machen, an der Vermedung und Beilegung jeden Zwischenfalls und Mißverständnisses, das die gegenseitigen Beziehungen etwa stören könnte, mitzuwirken.“

Der Reichspräsident nahm in seiner Erwidmung mit Genugtuung Kenntnis von der Erklärung des Votschaffers und versicherte ihm, daß sowohl er wie die deutsche Regierung alles tun werden, um dem Votschaffer seine Aufgabe zu erleichtern.

Die Volksgesundheit.

Berlin, den 24. März 1926.

Nach dem Preussischen Landtag.

Vor Eintritt in die Tagesordnung sprach Präsident Bartels dem Zentrumsalgeordneten K. F. B. zu seinem 70. Geburtstag und dem Zentrumsalgeordneten Dr. K. v. d. auf eine 42jährige Tätigkeit im Preussischen Landtag zurückblicken kann, im Namen des Hauses und unter dem Beifall der Abgeordneten herzliche Glückwünsche aus.

Zusammenfassung in allen drei Lesungen und in der Schlussabstimmung fand der Gesetzentwurf zur Verlängerung der Gültigkeit des Schulpolizeibeamtengesetzes bis zum 30. Juni 1926, der am 1. April in Kraft tritt; ebenso ein Initiativ-Gesetzentwurf, der den Finanzminister ermächtigt, die vierteljährliche Gehaltszahlung der Beamten dann ein-

Am zwei schöne Augen.

37) Roman von G. A. v.

Wiemanns Beitrags-Berlag Berlin W. 66. 1925.

Unruhig ging er ein paarmal im Zimmer hin und her, blinnte nach der Uhr — ja, eine halbe Stunde hätte er wohl Zeit, um schnell einmal dahem vorzusprechen. Er verließ das Krankenhause, sprang in eine der draußen haltenden Droschken und fuhr zu seiner unweit gelegenen Wohnung. Unterwegs ließ er auf einmal den Kutscher halten und eilte in das Telegraphenamt hinein. Der Einsall war ihm gekommen, bei dem ihm bekannten Arzt auf Helgoland telegraphisch anzufordern, ob jene Dame wirklich Herta Elgenrodt sei und noch auf der Insel verweile.

Dahem suchte er sofort seine Frau auf. Die raschen feilen Bewegungen seiner hohen kraftvollen Gestalt wurden leiser, behutsamer, als er bei ihr eintrat. Auch die sonore Stimme hatte sich ihm zu weichesem Laut gedämpft.

„Guten Tag, Daniela.“ Sein Blick flog zu der Erlernische hinüber, wo zwischen äyigem Blattgrün auf dunklem Wärrerfeld ein niedriger, bequemer Sessel stand, von dem eine weiche Frauengestalt sich erhob und ihm entgegenkam — weiß, nicht bloß das halblose Gewand aus flodrig warmem Stoff, das die biegsame zarte Gestalt umschmeigte, auch das Gesicht mit seinen weichen Linien, dem durchsichtig klaren Schmelz der Farben, die großen Augen mit ihrer leuchtenden Himmelsbläue, das gödlig schimmernde Blond des malenden Haars, selbst der Klang ihrer Stimme, über allem lag dieses siedenlos Leidliche, feierlich Helle.

Ein Blick auf das neben ihrem Sessel zu Boden gefallene Zeitungsbblatt, ein Etwas in ihren Zügen verriet dem Professor, daß sie bereits die Notiz gelesen und sich darüber beunruhigt hatte. Er nahm ihr das Wort vorweg, sagte, daß er bereits um Auskunft nach Helgoland depeschirt, und meinte:

„Jedenfalls ist, selbst wenn sich's um Herta handelt, kein Grund vorhanden, um eine glückliche abgelaufene Sache sich noch nachträglich aufzuregen.“

Während des Sprechens hatte er sie mit einer sanften Art, die mehr nach Lieblingung als nach Verjorg-

zuführen, wenn sie im Reich wieder Gesetz geworden ist und bis dahin unter Ausschließung aller entgegenstehenden Bestimmungen die Beamtenbezüge nur in Monatsbeträgen zu zahlen.

Es folgte die zweite Beratung des Haushalts des Ministeriums für Vorkriegsrenten, die mit der Beratung des Abkommens über Vorkriegsrenten, die mit der Beratung des

Ministerium und Volksgesundheit

beginnt. In einer Reihe von Anträgen, die mit der Beratung verbunden sind, wird die Förderung der Volksgesundheit in den öffentlichen Gesundheitswesen, Bekämpfung der Säuglings- und Kleinkindersterblichkeit, Fürsorge für die gefährdeten und verwahrlosten Jugend und Erhöhung der Krankenfahrlosgelder verlangt. Der Hauptantrag hat aus Erprobungsgründen gegen 250 000 Mark Vorschlag an diesem Etat vorgenommen. Er empfiehlt die Annahme von mehr als 25 Anträgen.

In der allgemeinen Aussprache rügte Frau Wg. Auers (Soz.) die Ansauferei in diesem Etat. Die Schuna der Verdacht gleiche wichtiger zu sein als eine aktive Gesundheitspolitik. Die sozialdemokratische Partei sei für das Gemeindefeststellungsrecht und begrüße alle Einrichtungen, die der Bekämpfung des Alkoholismus dienen.

Abg. Frau v. Wäcker (Dnl.) fragte, warum der Wohlfahrtsminister nicht Sorge getragen habe, daß die vor Jahresfrist abgebrachten Verhandlungen zwischen Ärzten und Krankenkassen wieder aufgenommen werden. Es sei unerhört, daß bei der Verleserliche entzogen werden, die für Verwaltungskosten, für leure Verwaltungsgebäude ausgeben werden.

Abg. Dr. Stemmler (Ztr.) betonte, daß Preußen trotz der schwierigen sozialen Lage 1924 mit 11,77 pro Mille die geringste Sterblichkeitsziffer aufzuweisen habe. Im einzelnen hob der Redner die Senkung der Tuberkulose- und Säuglingssterblichkeitsziffern hervor. Es sei auch eine erfreuliche Abnahme der Geschlechtskrankheiten zu verzeichnen.

Abg. Dr. Böhm (D. Vp.) trat ein für die Verleserliche Professorenrats an leitende Krankenhauser und für die Regierung der Medizinbeamten. Der größte Teil seiner Freunde halte das Gemeindefeststellungsrecht nicht für ein geeignetes Mittel im Kampf gegen den Alkohol.

Abg. Hartmann (Zem.) sprach sich gegen den Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung aus, das Wohlfahrtsministerium nicht aufzulösen. Gerade dieses Ministerium könne sich wirklich mit über Arbeitmannschaft befassen und würde noch für viele Jahre einen großen Wirkungserfolg haben.

Abg. Wislitzki (Nisch. Bg.) erklärte, so wie es bis jetzt gehe, daß man mit 95 bis 40 Prozent des gesamten Steueraufkommens für Wohlfahrtigkeit ausgeben, könne es nicht weiter gehen. Eine solche Belastung verträge die schwierige Wirtschaftslage nicht.

Abg. v. Brehmer (Dnl.) verlangte den Ausbau der sozialen Fürsorge und Heranziehung der Erwerbslosen für die Landeskultur.

Hierauf verlegte das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 12 Uhr.

Hilfe für die Landwirtschaft.

Berlin, den 24. März 1926.

Der Reichsernährungsminister vor dem Reichstag.

Der Reichsernährungsminister Dr. Hasse eröffnete die zweite Lesung des Haushalts seines Ministeriums mit einer längeren Rede, in der er zunächst die gegenwärtige schwierige Lage der Landwirtschaft ausführlich schilderte.

Bei der letzten Vorklage, so führte er u. a. aus, habe die Landwirtschaft nur einen ungenügenden Pollichaus erhalten. Beim Abschluß der Handelsverträge sei die Landwirtschaft weiter geschädigt worden. Er, der Minister, werde sich persönlich dafür einsetzen, daß die Landwirtschaft bei künftigen Handelsverträgen die notwendige Berücksichtigung ihrer Vorklage finde und daß ihr der erforderliche Pollichaus nicht verweigert werde. Die Landwirtschaft habe in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise am meisten gelitten. Die Hilfe müsse von der Kreditseite aus kommen. Die bisherigen Kredite und die Ablösung der teuren kurzfristigen durch langfristige Realcredite seien nicht ausreichend. Mit allem Nachdruck sei das Ministerium bei der Arbeit, die Hilfe auf diesem Gebiete zu vergrößern. Eine ausreichende Finanzierung der Längsmittelbeschaffung

werde vorausichtlich möglich sein. Sehr wichtig sei für die Landwirtschaft die Beilegung der Kaufkraft des Inlandsmarktes und die Angleichung der Preise zwischen industriellen und landwirtschaftlichen Produkten.

Der Minister sagte der Förderung des Roggenverbrauchs jede Unterstützung zu. Die Weidewirtschaft einer Abwaschwirtschaft halte die Materie für bedenklich. Der Reich-

nis aussah, wieder auf ihren Sessel niedergedrückt. Dabei beobachteten seine Augen, die scheinbar an ihrem ein wenig lächelnden Munde hingen, den leisen bläulichen Schatten, der über der Oberlippe schimmerte und stets jutage trat, wenn das Herz einmal zu heftige Schläge getan.

Daniela schüttelte zu seinen letzten Worten den Kopf.

„Darum war's auch nicht. Aber das „rettungslos auf's offene Meer hinausverfahnen“ — hat mich so selbstam ergriffen. Ich muß so oft an Herta denken, wie furchtbar einsam sie doch im Leben steht, und wie nötig sie gerade jetzt einem Menschen brauchte.“

Der Professor mußte, wie seine Frau es meinte. Das Ereignis im Hause Werneburg hatte monatelang Aufregung in die borchenen Kreise der alten handelsstadt gebracht, an deren Universität Erich Lüttgaard vor seiner Berufung nach Berlin eine Professur innegehabt hatte. Herta selbst hatte ihrer geliebten Verlobung mit keinem Worte Erwähnung getan, und ihr verschlossenes Wesen hatte nichts von Schmerz oder Kränkung verraten. Daniela hatte gemeint, daß gerade darin der Beweis liege, wie tief es ihr gegangen sei, Lüttgaard aber, der nur ganz oberflächlich früher einmal den schönen Beutnant kennen gelernt, hatte zweifelnd gefragt: War derselbe wirklich dazu befähigt, eine Persönlichkeit wie Herta Elgenrodt glücklich oder unglücklich machen zu können? Ein Knabe, der sie verständig und eine süßliche Puppe — denn anders nicht waren ihm die beiden erschienen, die er an jenem Sonntagstag sich im Tanz hatte schwingen sehen.

„Ich wünschte, Herta könnte einmal eine Zeitung bei uns lesen“, fuhr Daniela fort. „Es würde mich so froh machen, könnte ich ihr wirklich etwas sein.“

„So bitte sie doch, zu kommen“, sagte der Professor. „Mich wird es freuen, muß ich dich nicht mehr so viel wie jetzt allein wissen.“

Sie nahm seine Hand, drückte sie sich sanft gegen das Herz.

„Alein bin ich nie, das weißt du doch.“

Ihre lächelnden Blicke tauchten ineinander, und dabei biß er die Zähne zusammen — unter seiner Hand

verbraucht habe sich wieder auf 88,4 Prozent der Vorkriegszeit gehoben. Die Verwertung mit Getreierückschuttungs reichend, an eine Erhöhung des pollichen Einflusses nicht gedacht. Benennungsel die harte Arbeit alles getan werden, um bei den Schäden, die dem Getreide- und Gartenbau durch die Handelsverträge zugefügt seien, Abhilfe zu schaffen. Wegen der veränderten Lage des deutschen Weinbaus habe sich die Regierung schwerer Bedenken mit der Aufhebung der Getreideverträge versehen erklärt. Der Minister betonte dann die Wichtigkeit weiterer

Aufensicherung der Landwirtschaft.

Der beste Weg hierfür sei die Wirtschaftsbekämpfung angebahnt werden soll. Für die Vorkriegszeit sollen sich 35 Millionen ausgleichen werden; er hoffe, daß mindestens weitere 200 000 Hektar in ein für den Ausland verwandelt werden können. 15 Millionen Hektar der Förderung der landwirtschaftlichen Siedelungsmitteln im Osten, dienen.

Der Minister schloß mit einem Appell an die Selbsthilfe, denn die entscheidende Tat müsse schließlich der Landmann in eigener Wirtschaftsführung leisten.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.) warnte davor, alles zu glauben, was in der agrarischen Presse von der Lage der Landwirtschaft behauptet werde. Das Wort „Wirtschaft“ sei in einer Art, aber es sei eine Verleumdung, von einem Zusammenbruch zu reden. Vielmehr sei die Arbeiterfrage einen wirtschaftlichen Zusammenbruch bedingend. (Zustimmung links.)

Abg. Stubbendorf (Dnl.) führte aus: Der neue Minister finde einen Trümmerhaufen vor. Der Obst-, Wein- und Weinbau habe sich im letzten Jahre wegen der niedrigen Preise nicht gelohnt. Trotzdem werden die Handelsverträge immer wieder auf Rollen der Landwirtschaft abgeschrieben. Das sei dem Einfluß des Herrn Stresemann zuzuschreiben. (Zustimmung rechts.) Man gebe große wirtschaftliche Anreize, um außerpolitische Erfolge auf Kosten der Landwirtschaft zu erlangen. Dabei sei die deutsche Landwirtschaft ein viel sicherer Wähler der deutschen Industrie als das Ausland.

Abg. Feilmahr (Ztr.) gab zu bedenken, daß die zollfreie Getreierückschuttung eine große Schädigung der heimischen Wirtschaft bedeute. Die aus Getreierückschuttung hergestellte Mühle müsse deutlich als solche gekennzeichnet werden. Die Regierung habe im letzten Jahrzehnt mit der Landwirtschaft geradezu Mißwirtschaft getrieben, besonders beim Weizen der Handelsverträge.

Abg. Hamkens (D. Vp.) bedauerte die Steigerung des Lebensmittelpreises. Die Landwirtschaft müsse endlich mehr rentabel gemacht werden. Das Mißverhältnis in den Preisen der landwirtschaftlichen und der Industrieprodukte sei in der Wirtschaft weit größer, als aus den Indexziffern hervorzugehen.

Ein eigentümlicher Zwischenfall.

Während der Rede des Abg. Hamkens ließ plötzlich eine Frau von der Mitteltribüne ein großes gelbes Plakat an einer langen Schnur in der Sitzungshalle herunter. Der Präsident 24.11. ermahnte sofort die Finanzverwaltung der Frau an. Bei dem herabgelassenen Plakat handelt es sich um die Wohnungsbefehlsverbe eines Aemtschreibers in Beuthen.

Lotales.

Wendeltafel für den 26. März.

1789 * Der Fabeldichter Wllh. Sch in Veina bei Göttingen (* 1834) * 1827 Ludwig van Beethoven in Wien (* 1770 - 1839) * Der russische Schriftsteller Maxim Gorki in Nishnij Novgorod - 1871 Gründung der Kommune in Paris - 1881 Rumänien wird Königreich.

Sonne: Aufgang 5,1. Untergang 6,22. Mond: Aufgang 3,7. Untergang 5,13. W.

⚠ Warnung vor Briefmarkern. Die Unfälle, Geld in gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefen zu versenden, dauert noch immer in großem Maßstabe fort. Dadurch wird ungetreues Personal nur zu leicht verleitet, diese Sendungen zu berauben und zu unterschlagen. Bis hierher hat die Deutsche Reichspost alle erforderliche Mähe darauf verwandt, die Täter rüchrichtig auszumerkeln, aber nur gar zu oft stößt die Ermittlung der Schuldigen auf erhebliche Schwierigkeiten. In allen Fällen aber ist das Publikum der Leidende. Selbst bei Einschreibebriefen, die herab mit dem Postamt versehen sind, wird die Verfertigung zum Schaden verurteilt. Aus diesen Gründen muß das Publikum endlich mit der Unruhe rüchrichtig werden.

Ich glaube nicht, daß Herta auf eine bloße schriftliche Einladung hin kommen würde“, meinte Daniela. „Aber mir kam eine andere Idee, Erich — du wolltest ja ohnehin noch auf ein paar Tage an die See. Wenn du nach Helgoland fährst und Herta zu bewegen suchst, gleich mit dir zu kommen.“

Er machte ein etwas erstauntes Gesicht, doch war er im übrigen nicht sonderlich von Danielas Vorschlag überrascht, wußte er doch, wie leidenschaftlich ihre Impulse waren, hilfreich zu sein, wo immer solches ihr vorkommen könnte. Nun streichelte er ihr zärtlich die Wangen und lächelte:

„Ich meine, wir sollten, ehe wir uns in weitere Pläne kürzen, vor allem erst mal sichere Nachrichten darüber abwarten, ob die betreffende Dame... nicht überhaupt irgend eine schöne Unbekannte ist.“

Doch die gegen Abend eintreffende telegraphische Rückantwort bestätigte, daß jene Dame wirklich Herta Elgenrodt sei, die als letzter Gast noch auf der Insel weile. Zwei Tage später befand sich der Professor auf der Tour nach Helgoland. Es war eine böse Fahrt auf dem kleinen Frachtschiff, denn die großen Passagierdampfer hatten bereits den Dienst eingestellt. Aber Lüttgaard, der ein paar Jahre lang als Marinearzt die Meere durchkreuzt, war seefest, und er freute sich des wilden Kampfes der Elemente. Bei der Einfahrt hatte er auf dem Oberland eine Gestalt gesehen, die reglos stand. Das war Herta Elgenrodt.

Nachdem er im Hotel seinen Handofner eingestellt, stieg er die Stufen zum Oberland hinauf. Als er am Leuchturm vorüber war, sah er sie wieder. Ihn den Rücken zugekehrt, stand sie wie damals auf dem Meer. Bergesgipfel am äußersten Rande des steil ins Meer hinabfallenden Felsens. Die See ging mild, aber der Himmel war blau, und die Sonne stand in rotgoldener Glut dem Einsen nahe am Horizont. In der rotglühenden Bläue ragte ihre, dunkle Gestalt.

(Fortsetzung folgt.)

Kühen:		34. S.	30. S.
1. vollfleischige, ausgewässerte	34-38	50-54	50-54
2. vollf., ausgem., von 4-7 Jahren	44-48	44-48	44-48
3. junge, fleischige, nicht ausgewässerte	38-42	38-42	38-42
4. mäßig genährte Jung u. gut gen. alt.	34-38	34-38	34-38
Kälber:			
1. vollfleischige, ausgewässerte	48-50	48-50	48-50
2. vollf., ausgem., jüngerer	44-47	44-47	44-47
3. mäßig genährte Jung u. gut gen. alt.	40-42	40-42	40-42
Stuten:			
1. vollfleischige, ausgewässerte Stuten	47-51	47-51	47-51
2. vollfleischige, ausgewässerte Stute	40-44	40-44	40-44
3. ältere ausgewässerte Stute	32-36	32-36	32-36
4. mäßig genährte Stute und Färden	25-30	25-30	25-30
5. gering genährte Stute und Färden	20-23	20-23	20-23
Berona genährte Jungrindvieh (Stiere):	34-40	34-40	34-40

Kälber:			
1. Doppelständer feinerer Maß			
2. feine Weistäber	75-82	78-82	78-82
3. mittlere Maß- und beste Saugläber	60-73	64-72	64-72
4. geringe Maß- und gute Saugläber	48-58	48-60	48-60
5. geringe Saugläber	38-45	37-46	37-46
Schafe:			
1. Stollmaßlämmer und jüngere Dammeln	50-53	53-57	53-57
2. alt. Damm. u. gut gen. Jung. Schafe	42-48	44-50	44-50
3. mäßig gen. Damm. u. Schafe (Weisch.)	30-38	34-42	34-42
Schweine:			
1. fetts, über 3 Zentner Lebendgewicht	70-90	84	84
2. vollfleischige von 240-300 Pfund	76-78	81-82	81-82
3. vollfleischige von 200-240 Pfund	73-76	78-80	78-80
4. vollfleischige von 160-200 Pfund	70-72	75-77	75-77
5. unter 120 Pfund	70-75	75-78	75-78
Sauen:	20-25	20-25	20-25

Wagerechthof Berlin-Friedrichsfelde.
(Umtlicher Bericht vom 24. März.)
Auftrieb: 680 Schweine, 555 Ferkel. Es wurden ab-
gekauft im Engrosbande für das Stück:
Ferkel: 7-8 Monate alt 92-110, 5-6 Mo-
nate alt 70-80 Mark.
Schweine: 3-4 Monate alt 46-65 Mark.
Ferkel: 9-13 Wochen alt 38-45, 6-8 Wochen alt
30-35 Mark.
Wagerechthof: Ruhiges Geschäft bei etwas ge-
rückten Preisen.

Die Aussprache im Landtag.

— Berlin, den 23. März 1926.

Preußen und die Genfer Politik.
Zu gleicher Stunde wie der Reichstag beschäftigte sich auch der Preussische Landtag mit den Vorgängen in Genf. Unter Anspicung nahm Abg. Müller-Krausen (Wirtsch. Bg.) für die Bundesstaaten das Recht in Anspruch, sich bei wichtigen auswärtigen Angelegenheiten mit der gebotenen Zurückhaltung äußern zu dürfen. Abg. Dülle (Wirt.) erklärte, da der preussische Ministerpräsident die stärkste Stütze der Dames- und Locarno-Politik gewesen sei, sei auch der Zusammenbruch von Genf ein Zusammenbruch der Politik des preussischen Ministerpräsidenten.
Abg. Bagewitz (Volk.) sprach Deutschland das Recht ab, für die deutschen Interessen im Ausland einzutreten. Namens der Sozialdemokratie wiederholte Abg. Gumburger, daß an der bisherigen auswärtigen Politik festzuhalten sei. Der Sprecher der Deutschnationalen, Abg. Bacher, erklärte, es sei Sache des größten Landes, Preußen, eine Verrückung dieser Weisheitspolitik herbeizuführen. Da das gegenwärtige preussische Kabinett diese Verrückung nicht durchzuführen wolle, spreche ihm die deutschnationale Fraktion ihr Mißtrauen aus.

Ministerpräsident Braun,
der darauf das Wort nahm, betonte, er habe keine Veranlassung, von dieser Stelle aus die Außenpolitik der Reichsregierung zu verteidigen. Wir müssen daran festhalten, daß die Führung in der Außenpolitik in der Hand der Reichs-

regierung liegt, die dem Vertrag, als der Verrückung des Deutschen Reiches, verantwortlich ist. Der einzige Weg, um aus den Schwierigkeiten heraus zu kommen, sei die Fortsetzung der bisherigen Politik. Und die Politik der Reichsregierung werde Preußen unterstützen, selbst auch auf die Gefahr hin, von den Deutschnationalen ein Mißtrauensvotum zu erhalten.
Abg. Grebe (Jst.) betonte die Notwendigkeit für Deutsch-land, an der Locarno-Politik festzuhalten.
Abg. Dr. Wiemer (D. Wp.) erklärte sein Einverständnis mit der Haltung des Ministerpräsidenten zur äußeren Poli-
tik, nicht aber auf dem Gebiete der inneren Politik.
Zwei weiteren Ausführungen der Abg. Aube (Kom.),
Fest (Dem.) und Kiani (Wirtsch. Bg.) vertagte sich
auf Mittwoch.

Der Kampf um Genf.

Das deutschnationale Mißtrauensvotum abgelehnt. —
Der Billigungsantrag mit großer Mehrheit ange-
nommen.
— Berlin, den 23. März 1926.
Nach einer mehrstündigen Aussprache hat der
Reichstag heute nachmittag das deutschnationale Miß-
trauensvotum, das sich gegen den Reichskanzler Dr.
Luther und den Reichsaussenminister Dr. Stresemann
richtete, mit 239 gegen 141 Stimmen abgelehnt. Der
Billigungsantrag der Regierungsparteien wurde als-
dann mit großer Mehrheit angenommen.

Der Verlauf der Sitzung.
Bei schloß besetztem Hause wurde am Dienstag die
außenpolitische Aussprache fortgesetzt. Die Zahl der An-
träge hatte inzwischen eine Vermehrung erfahren. Neben
den Kommunisten haben auch die Deutschnationalen
einen Antrag eingebracht, der sich sowohl
gegen den Reichskanzler als auch gegen den Reichsaussen-
minister richtete. Da die Regierungsparteien kein direktes
Mißtrauensvotum eingebracht hatten, sondern sich auf einen
formulierten Billigungsantrag geeinigt hatten, hatten nun
die Bolschewisten selbst ein natürlich nicht erst gemeinsames
Vertrauensvotum eingebracht.
Als erster Redner erhielt Abg. Graf Neventow (Wstl.),
das Wort, der die Vorgänge in Genf einer scharfen Kritik
unterzog und die Zurückziehung des Aufnahmegesuches für
den Völkerbund forderte.

Es kam dann zu einem erregten Zwischenfall. Da die
Regierungsbänke völlig leer waren, beantragte Abg. von
Wstl., die Sitzung auszusetzen, bis die Regierung amvond
sei. Der Antrag wurde jedoch gegen die Wstlischen, die
Deutschnationalen und die Kommunisten abgelehnt.
Unter großer Unterbrechung erwiderte Dr. Stresemann
(Soz.) das Wort. Unterbrechungen wurden von den
Deutschnationalen und Bolschewisten mit übermäßigem Hallo
begrißt, worauf die Regierungsparteien mit handclauschen
antworteten. Allmählich wurde es wieder ruhig und Dr.
Wstl. setzte seine Rede fort. Die Sozialdemokraten, so
erklärte der Redner, können die jegliche Außenpolitik im
wesentlichen billigen, wenn sie der Regierung auch in
vielen anderen Fragen in scharfer Opposition gegenüber-
stehen.
Der Präsident Edele teilte mit, daß die Regierungs-
parteien beantragen, über das völkische „Vertrauensvotum“
in Tagesordnung überzugehen.

Abg. v. Fritsch (Dnt.) erklärte, die Zurückziehung des
deutschen Aufnahmegesuches sei umso notwendiger, als wir
gar nicht übersehen können, was alles in der Welt bis zum
September geschehen kann. Es kommt darauf an, die Gan-
zung der Welt in Wirtschaft zu bringen, welche der amtlichen
Politik des Reiches die verloren gegangene Bewegungsfrei-
heit wiedergibt. Reichspräsident und deutsches Volk müssen
von der juchzenden Verantwortung und der Bindung des
Genfer Ergebnisses frei werden, um der Zukunft derer
willen, die nach uns kommen. (Leb. Weisfall rechts.)

Reichskanzler Dr. Luther
stellte fest, daß der Gedanke, Deutschland habe nicht mehr
die Freiheit des Handelns bezüglich des Eintritts in den

Völkerbund, völlig irrig ist. Deutschland hat die Freiheit
in dieser Freiheit ist nichts geändert worden durch die
Umgebung der Locarno-Mächte. Es handelt sich um die
Rückwärtsentwicklung, sondern darum, Locarno nach
Weglichkeiten hin weiter zu entwickeln.

Man mag, so erklärte der Kanzler, über die Wege
Methoden von Locarno verschiedener Meinung sein. Die
Locarno durch den Beschluß der zuständigen Organe
Zustanden die Grundzüge unserer Politik geworden. Die
An der Waise hin, daß wir von den Tingen, die
bringen soll, noch vielerlei vermischen, so laun das
und behaupten. Locarno sei wirksamsten gewesen.
ehen umgelegt. Seit den Beschüssen von Locarno
M Reich, die sich ohne Vorwarnung mit aller Bestimmtheit
nicht vollzogen haben würden. Dieser Satz ist völlig
restlos.

Der Reichskanzler ging dann auf die Vorgänge
Went ein und erklärte: Das Kommuniqué der Locarno-
Mächte ist in seinen Grundgedanken unserer deutschen
politische Ansichten. (Leb. hört, hört!) b. d. Dnt.
Leb. Weisfall. b. d. Regierungsparteien u. b. d. Dnt.
selbstverständlich, daß wir jetzt den Plan des Eintritts
in den Völkerbund und nicht fallen lassen können.
Wenn wir die Locarno-Politik fortsetzen wollen.
Die große Linie der deutschen Außenpolitik, wie sie
dem Zusammenbruch des Ruhrkampfes verfaßt worden
ist doch wirklich nicht ohne Erfolg
gewesen. Der Kanzler erinnerte an die Räumung
Ruhr, an die Räumung Kölns und rief der Welt zu, daß
man doch nicht Tatsachen aus der Welt schaffen könne.
Rechte solle doch einen anderen Weg zeigen. Die Zurück-
ziehung des Eintrittsgesuches würde ein grundtätiges
fennnis gegen Locarno bedeuten.

Abg. Müller-Krausen (Soz.) hielt den Deutschnationalen
vor, daß sie jetzt ihren „letzten Mann“, Fritsch, aufboten
gaben. Der Redner forderte eine Völkerbundspolitik,
die nicht im Gegensatz zu einer deutsch-russischen Be-
ziehung steht.
Abg. Febr. v. Rheinbaben (D. Wp.) kritisierte besonders
das Verhalten Fritschs.

Es entspann sich darauf noch eine kurze Auseinander-
setzung zwischen dem Führer der Deutschnationalen,
Wstl., und dem Reichskanzler Dr. Luther. Letzter
wurde die Aussprache geschlossen. Es folgten nunmehr

Die Abstimmungen.

Zunächst wurde das kommunistische Mißtrauensvotum
gegen die Antragsteller, die Deutschnationalen und die Bol-
schewisten abgelehnt.
In namentlicher Abstimmung wurde dann der deut-
sche nationale Mißtrauensantrag, der sich gegen die beiden
deutschen Delegierten in Genf, Dr. Luther und Dr. Stre-
semann richtete, mit 239 gegen 141 Stimmen abgelehnt.
Zusatz stimmten mit den Antragstellern die Bolschewisten
und die Kommunisten. Die anderen Parteien stimmten
dagegen.
Neben das völkische Vertrauensvotum wurde auf Antrag
der Regierungsparteien mit 264 gegen 139 Stimmen Ver-
gang zur Tagesordnung beschloßen.

Ein Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung, wonach
der Eintritt in den Völkerbund erst erfolgen soll, nachdem
Deutschland ein hinlängliches Maß an Wirtschaftsentwick-
lung der Wirtschaft jugendlicher worden ist, wurde mit 250 gegen
153 Stimmen abgelehnt.
Zunächst wurde der Billigungsantrag der Regie-
rungsparteien in einfacher Abstimmung mit großer
Mehrheit angenommen. Zusatz stimmten mit den An-
tragstellern auch die Sozialdemokraten und der Bau-
erische Bauernbund. Die Wirtschaftspartei enthielt sich
der Stimme. Die drei Anträge auf Zurückziehung des
Aufnahmegesuches in den Völkerbund wurden abgelehnt.

Das Gehalt des Reichskanzlers wurde dann gegen
Bolschewisten und Kommunisten bewilligt.
Nach kurzer Einzelbesprechung zum Etat des Aus-
wärtigen Amtes wurde auch das Gehalt des Außenministers
bewilligt.
Beim Haushalt für die besetzten Gebiete erklärte Reichs-
minister Marx, die Regierung der Deutschen des besetzten
Gebietes sei seine erste Aufgabe der deutschen Politik.
In später Abendstunden vertagte sich das Haus.

Zum Osterfeste
ist
Meurers Kaffee
der Beste

Original
Eckendorfer Runkelsamen
H. von Borries.
Richard Mohr.

Bestellungen in
gelben Saatlupinen
nimmt entgegen
M. J. Spangenthal.

la. gebrannten Kaffee
von Mt. 240 per Pfd.
la. Blütenmehl
und sämtliche
Bäckartikel
alles in guter Qualität offeriert
Richard Mohr.

Original
Eckendorfer Runkelsamen
des herrn von Borries
Prelswert zu haben bei
Georg Meurer.

Zur
Ahrmacher-Propaganda-Woche
Bleibt die Uhr mal stehen,
Muß man zu Friedmann gehn.

Für Land- u. Gartenbesitzer
zur beginnenden Saison empfehle meine
seit Jahren rühmlichst bekannte
Feld- u. Gartensämerei
hochkeimfähiger Qualität
Georg Meurer.

Für Bowlen
empfiehlt
Ananas, Erdbeeren, Pfirsiche, Aprikosen
Kirschen, Apfelsinen, Citronen
Richard Mohr.

Weißfrau Rotfrau
Blumenfohl
empfiehlt
Georg Meurer.

Torpedo
Fahrräder
Leicht laufend
Stabil
Elegant
zuverlässig!
Gemischter Chor
„Liederkränzchen“
heute abend keine
Gesangsstunde
Der Vorsteher.
Für mein Büro suche ich
Lehrling
mit guter Schulbildung und
göner Handschrift.
Otto Jenner.
Inserieren bringt
Gewinn!

Enten in Fischereigewässern.
Die Entenbesitzer werden darauf hingewiesen, daß es
verboten ist, Enten in Fischgewässern gehen zu lassen.
Zuwiderhandlungen werden bestraft.
Spangenberg, den 24. März 1926.
Die Polizeiverwaltung
Schier.